

Antrag auf Einbürgerung

, den _____

nach

§ 8 StAG § 10 StAG § StAG

Bitte alle Fragen beantworten.
Sollte der Platz bei einer Frage nicht ausreichen, weitere Ausführungen bitte auf einem Beiblatt.
Bei Minderjährigen ab 16 Jahre ist ein eigener Antrag erforderlich.

Ich beantrage die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit und mache über meine persönlichen Verhältnisse folgende Angaben:

1 Angaben zu meiner Person

Vermerke der Behörde

Familienname (ggf. Geburtsname), Vornamen						
Geburtsdatum	Geburtsort Kreis, Staat					
Anschrift am Ort des dauernden Aufenthalts						
ausgeübter Beruf						
Tel./Fax./eMail						
Familienstand	verheiratet	verwitwet	geschieden	getrennt lebend	eingetragene Lebenspartnerschaft	seit
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Ort der Eheschließung / Begründung der Lebenspartnerschaft						
Bei Scheidung oder gerichtlicher Aufhebung (Tag der Rechtskraft - Anerkennung - des Urteils)						

Angaben zur Person meiner Ehegattin/meines Ehegatten/meiner Lebenspartnerin/meines Lebenspartners

Familienname (ggf. Geburtsname), Vornamen	
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat
Anschrift	
ausgeübter Beruf	
Staatsangehörigkeit(en)	
Ist die Einbürgerung ebenfalls beantragt ?	
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja (Falls nicht Deutscher)
Ich war vor dieser Ehe bereits verheiratet	
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, 1. Ehe von - bis aufgelöst durch
	Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten
<input type="checkbox"/> Ja, 2. Ehe von - bis aufgelöst durch	
	Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten

Status

Meine derzeitige(n) Staatsangehörigkeit(en)		
Sind diese Staatsangehörigkeiten belegt? (Pass, Staatsangehörigkeitsnachweis, Einbürgerungsurkunde, Bescheinigung des Heimatstaates)		
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, durch ➔	
Frühere Staatsangehörigkeit(en)		
Verlustgrund		
<input type="checkbox"/> Der Verlust der Staatsangehörigkeit(en) ist kraft Gesetzes eingetreten.	<input type="checkbox"/> Der Verlust der Staatsangehörigkeit(en) ist nachgewiesen durch ➔	Entlassungsurkunde, Bescheinigung des Heimatstaates

Besonderer Status		Vermerke der Behörde
Kontingentflüchtling?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, nachgewiesen durch	
Heimatloser Ausländer?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, nachgewiesen durch	
Ausländischer Flüchtling?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, nachgewiesen durch	
Asylberechtigter?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, nachgewiesen durch	
Wurde ein Widerrufsverfahren eingeleitet ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	

Wehrdienst	
Wehrpflichtig?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Vom Wehrdienst befreit / zurückgestellt ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, bis
Wehrpflicht erfüllt?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, von - bis
Anderer geleisteter Wehrdienst?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, von - bis

Aufenthalte seit Geburt		
von	bis	in (Ort, Staat)
Aufenthaltsberechtigung erteilt?	Aufenthalts-erlaubnis erteilt?	Aufenthalts-befugnis erteilt?
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Niederlassungserlaubnis erteilt ?		<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja

Schulbildung			
von	bis	Schulart	Staat

Berufsausbildung/Studium/Qualifikation					Vermerke der Behörde
von	bis	Art	Abschluss	Staat	

Arbeitsverhältnisse/selbständige Tätigkeit in den letzten 8 Jahren			
von	bis	Art	Anschrift der Arbeitgeberin/des Arbeitgebers

2 Angaben zu meinen Eltern

Leibliche Eltern	
Vater (Familienname, ggf. Geburtsname)	Mutter (Familienname, ggf. Geburtsname)
Vorname(n)	Vorname(n)
Staatsangehörigkeit	Staatsangehörigkeit
letzter Wohnort/Land	letzter Wohnort/Land
verstorben? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, am	verstorben? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, am

Adoptiveltern	
Vater (Familienname, ggf. Geburtsname)	Mutter (Familienname, ggf. Geburtsname)
Vorname(n)	Vorname(n)
Staatsangehörigkeit	Staatsangehörigkeit
letzter Wohnort/Land	letzter Wohnort/Land
verstorben? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, am	verstorben? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, am
Adoption wirksam seit:	
nachgewiesen durch:	

Nur zu beantworten bei minderjährigen Einbürgerungsbewerbern	
<input type="checkbox"/> Die Ehe der Eltern besteht nicht mehr.	Die Vertretungsbefugnis liegt bei
Gesetzesbestimmung bzw. gerichtliche Anordnung	Die Vertretungsbefugnis beruht auf

3 Angaben über meine Kinder

Vermerke der Behörde

Bitte auch eintragen: volljährige Kinder aus früheren Ehen; nichteheliche Kinder

	1. Kind	2. Kind	3. Kind
Familienname			
Vorname(n)			
Geburtsdatum			
Geburtsort			
Staatsangehörigkeit(en)			
Mit einzubürgern?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Das Kind stammt aus:			
- jetziger Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- früherer Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- keiner Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
wurde adoptiert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bei Miteinbürgerung: Nachweis der z.Zt. besuchten Schule	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei

	4. Kind	5. Kind	6. Kind
Familienname			
Vorname(n)			
Geburtsdatum			
Geburtsort			
Staatsangehörigkeit(en)			
Mit einzubürgern?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Das Kind stammt aus:			
- jetziger Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- früherer Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- keiner Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
wurde adoptiert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bei Miteinbürgerung: Nachweis der z.Zt. besuchten Schule	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei

4 Angaben über Ordnungswidrigkeiten/Straftaten (einschl. Straftaten im Ausland)

Vermerke der Behörde

folgende Straftaten / Ordnungswidrigkeiten liegen vor

Tatbezeichnung	anhängig bei Behörde (Gericht, Staatsanwaltschaft)	Datum des Urteils	Höhe des Strafmaßes bei noch nicht getilgten Strafen

keine Straftaten keine Ordnungswidrigkeiten

Zurzeit noch anhängige Ermittlungsverfahren?

Nein Ja, weil

Behörde u. Az.:

Eingestellte Ermittlungsverfahren der letzten 5 Jahre?

Nein Ja, Behörde und Aktenzeichen (Bitte Einstellungsmitteilungen beifügen)

5 Angaben über meine wirtschaftlichen Verhältnisse

5.1 Einkünfte

	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	↓ Betrag EUR/Monat
Erwerbseinkünfte (brutto)	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Einkünfte aus Vermietung/Verpachtung	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Rente	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Unterhalt/Unterhaltsvorschuss	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Erziehungsgeld	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Kindergeld	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Wohngeld	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Arbeitslosengeld I	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Arbeitslosengeld II	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Sozialgeld	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Krankengeld	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Sonstige Einkünfte	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Grundsicherung gem. SGB XII	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis

Gegebenenfalls Gründe für den Bezug von Arbeitslosengeld II

5.2 Alterssicherung

Vermerke der Behörde

<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, durch	➔	<input type="checkbox"/> gesetzliche Rentenversicherung	Anzahl Beitragsmonate
			<input type="checkbox"/> private Renten-/Lebensversicherung	seit / Summe
<input type="checkbox"/>				

5.3 Krankenversicherung

gesetzliche Krankenversicherung private Krankenkasse

5.4 Einkünfte der Familienangehörigen

brutto

↓ Familienname, Vorname	↓ Betrag EUR / Monat

5.5 Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche

Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche? Nein Ja (Name und Anschrift der / des Unterhaltspflichtigen)

	Betrag EUR / Monat
Bruttoeinkünfte der/des Unterhaltspflichtigen	Betrag EUR / Monat

5.6 Unterhaltsverpflichtungen

Bestehen Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Personen, die nicht zur Haushaltsgemeinschaft gehören
 Nein Ja, und zwar
gegenüber welcher Person / welchen Personen

Unterhaltsrückstände
 Nein Ja, in Höhe von EUR

6 Vermeidung von Mehrstaatlichkeit

Ich bin bereit, meine bisherigen Staatsangehörigkeiten aufzugeben und verpflichte mich, **nach schriftlicher Zusicherung der Einbürgerung**, die erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Ja Nein, aus folgenden Gründen (ggf. auf einem Zusatzblatt)

7 Sonstiges

Die Einbürgerung habe ich bereits früher beantragt
bei (Behörde)

Nein Ja,

Wurde über den Antrag entschieden?

Nein Ja, er wurde von mir zurückgenommen. er wurde abgelehnt. er wurde zurückgestellt. Datum der Entscheidung

Loyalitätserklärung

(abzugeben von Einbürgerungsbewerbern über 16 Jahre)

Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Insbesondere erkenne ich an:

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
 - a) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
 - b) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
 - c) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
 - d) die Unabhängigkeit der Gerichte,
 - e) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
 - f) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

2. Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die
 - a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
 - b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
 - c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

↓ Unterschrift

← Bitte erst bei Antragsabgabe unterschreiben!

Für die Richtigkeit vorstehender Unterschrift

Im Auftrag

(Siegel)

, den

Verwaltungsgebühren:

255,-€ je erwachsenen Einbürgerungsbewerber

51,-€ für jedes miteinzubürgernde minderjährige Kind ohne eigenes Einkommen

255,-€ für jedes selbständig einzubürgernde Kind

Bei Ablehnung oder Rücknahme des Antrags werden i.d.R 75% der jeweiligen Verwaltungsgebühr fällig.

Die Gebührenbemessung erfolgt nach § 38 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) in der derzeit gültigen Fassung.

Ich bin damit einverstanden, dass die Einbürgerungsbehörde ggfs. während des laufenden Einbürgerungsverfahrens einen Vorschuss oder eine Sicherheitsleistung nach § 16 des Verwaltungskostengesetzes (VwKostG) vom 23. Mai 1970 verlangen kann. Die Gebühr ist spätestens vor Aushändigung der Einbürgerungsurkunde in voller Höhe zu zahlen.

Ich bin einverstanden, dass die für das Einbürgerungsverfahren erforderlichen Stellungnahmen durch die Einbürgerungsbehörde beim Verfassungsschutz, Sozialamt, Finanzamt, kommunalen Träger der Grundsicherung, Finanzamt, Agentur für Arbeit, bei der Polizei, der Staatsanwaltschaft eingeholt werden dürfen. Die Erlaubnis zur Akteneinsicht in die Ausländer-/Asylakten wird erteilt.

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Ich habe davon Kenntnis genommen, dass falsche oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder Rücknahme der Einbürgerung führen können und dass ich verpflichtet bin, Änderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse während des Verfahrens unverzüglich mitzuteilen.

Ein Informationsblatt zur Loyalitätserklärung (Bekennnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung) wurde mir ausgehändigt. Von dem Inhalt des Merkblatts habe ich vor der Unterzeichnung der Loyalitätserklärung Kenntnis genommen.

Hinweis gemäß § 10 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen:

Ich bin darüber informiert worden, dass die in meinem Antrag angegebenen personenbezogenen Daten aufgrund des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.07.1913 in der z.Zt. gültigen Fassung und den dazu ergangenen Rechtsvorschriften erhoben und verarbeitet werden.

<div style="border: 1px solid black; width: 80%; margin: 0 auto; padding: 10px;"> <p>Lichtbild (aus neuerer Zeit)</p> </div>	<p>----- (Datum, Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers / der Einbürgerungsbewerberin / des gesetzlichen Vertreters)</p> <p>Bei Miteinbürgerung von Kindern unter 16 Jahren: Ich (wir) beantrage(n) hiermit ebenfalls die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit für die in diesem Antrag als miteinzubürgernd aufgeführten Kinder.</p> <p>----- (Datum, Unterschrift des / der Sorgeberechtigten)</p>
---	---

Für die Richtigkeit vorstehender Unterschrift(en)

Im Auftrag

(Siegel)

_____, den _____

Information für Einbürgerungsbewerberinnen und -bewerber

Bekanntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt. Die Staatsgewalt wird vom Volke über die von ihm gewählten Vertreter im Parlament ausgeübt. Sie beinhaltet einen Rechtsstaat, der Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit jedes Einzelnen schützt.

Was bedeutet dies konkret? Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Begriff fasst man die **Wertvorstellungen des Grundgesetzes** zusammen. Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen insbesondere:

- die Achtung der Menschenrechte, vor allem das Recht jedes Menschen auf Leben und freie Entfaltung und Gleichbehandlung (hierzu zählt auch die Gleichberechtigung von Frau und Mann),
- die Souveränität des Volkes,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Nachfolgend werden Ihnen diese Grundwerte der deutschen Verfassung näher erläutert:

1. Demokratie und Volksherrschaft

Nach dem Grundgesetz geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Das Volk bestimmt in regelmäßigen Wahlen Vertreter im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Diese nehmen die Interessen der jeweiligen Ebene, für die sie gewählt wurden, wahr und treffen die Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip.

2. Achtung der Grundrechte

Die Grundrechte ermöglichen es dem Einzelnen unter anderem, sich gegen deren Beeinträchtigung durch den Staat zu wehren. Der Staat hat die Grundrechte eines jeden Menschen zu schützen, aber auch gegen andere Menschen, Personenvereinigungen und Organisationen. Jeder Mensch hat Anspruch auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Niemand darf andere in ihrer freien Selbstbestimmung beeinträchtigen z. B. hinsichtlich der religiösen Betätigung sowie des Zugangs zu Informationen, zur Bildung und zum Berufsleben. Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

3. Gewaltenteilung

Der Grundsatz der Gewaltenteilung dient der Hemmung und Kontrolle staatlicher Macht. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt (siehe unter 1.) wird durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der vollziehenden Gewalt (Regierungen und Verwaltungen) und der Rechtsprechung (Gerichte) ausgeübt. Die Parlamente kontrollieren die Arbeit der Regierung.

4. Rechtsstaatsprinzip

Das Rechtsstaatsprinzip gewährleistet vor allem, dass Regierung und Verwaltung die Gesetze einhalten und es einen gerichtlichen Rechtsschutz bei Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt gibt. Jedem Bürger steht der Weg zu den Gerichten offen.

5. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung

Die Verwaltungen müssen die Gesetze beachten und anwenden. Maßnahmen, die in Rechte des Bürgers eingreifen, bedürfen zu ihrer Rechtfertigung grundsätzlich einer gesetzlichen Grundlage, die diese Maßnahmen zulässt oder erlaubt.

6. Unabhängigkeit der Gerichte

Die Gerichte sind unabhängig. Sie können von Regierungen oder Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richter sind nur ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet. Jeder Bürger hat einen Anspruch auf einen fairen Prozess.

7. Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit der politischen Parteien

Ein wesentliches Merkmal der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist, dass es verschiedene Parteien gibt. Alle Parteien haben die gleichen Chancen, ihre politischen Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Gründung, Bestand und Tätigkeit der Parteien sind frei von staatlichen Einflüssen und Eingriffen. Bei Wahlen haben alle Parteien die gleichen Möglichkeiten, für sich zu werben und gewählt zu werden. Durch das Mehrparteienprinzip wird die Meinungsvielfalt im öffentlichen Leben gewährleistet.

8. Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition

Die Opposition bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe, sie zu kontrollieren. Sie kann Gesetzentwürfe einbringen. Die Regierung darf die Opposition nicht in ihrer Arbeit behindern.

Für Ihre **Einbürgerung** ist es wichtig, dass Sie die eben beschriebenen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstanden und akzeptiert haben. Bitte stellen Sie Fragen, wenn Ihnen hierzu noch etwas unklar ist.

Mit Ihrer Unterschrift bekennen Sie sich zu den Grundwerten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Durch Ihre Unterschrift erklären Sie aber auch,

1. dass Sie keine Bestrebungen unterstützen oder selbst verfolgen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wenden,
2. dass sich Ihre Handlungen nicht gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland wenden,
3. dass Sie die Amtsausübung der gewählten Organe des Landes nicht behindern werden und
4. dass Sie die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht durch Ausübung von Gewalt oder durch Vorbereitung solcher Handlungen gefährden wollen.